

Dänemark

NIKOLAJ PETERSEN

Die dänische Europadebatte konzentrierte sich größtenteils auf die Hoffnungen und Befürchtungen in bezug auf die Regierungskonferenz zur Revision des Maastrichter Vertrages, die im März 1996 begonnen hat. Andere Themen kamen ebenfalls auf, viel diskutiert wurde z.B. die Erweiterung der Union sowie die wiederkehrende Sorge über den Verbraucher- und Umweltschutz. Die Haushaltspolitik 1995 war ziemlich ereignislos. Ungeachtet interner Streitigkeiten blieb Poul Nyrup Rasmussens Regierung, bestehend aus Sozialdemokraten, Sozialliberalen und Zentrumsdemokraten, fest im Sattel, und dies erst recht nach der Kontroverse zwischen Liberalen und Konservativen über den Haushalt 1996.

Vorbereitungen zur Regierungskonferenz

Die Vorbereitungen zur Regierungskonferenz wurden stark von der traumatischen Erfahrung mit dem Maastrichter Vertrag und dem Schicksal der sogenannten Edinburger Beschlüsse beeinflusst, welche Dänemark die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages erlaubten¹. Im Jahre 1995 veröffentlichten die meisten Parteien ihre Vorschläge für die Regierungskonferenz 1996. Auf der Seite der pro-Europäer sprachen sich die Liberalen für eine Beendigung jeglichen Opting-Outs, eine schnelle Erweiterung der Union, eine Vergemeinschaftung eines Großteils der Politikbereiche des dritten Pfeilers, ein realistisches Gleichgewicht zwischen kleinen und großen Mitgliedstaaten sowie für eine Stärkung des Europäischen Parlaments aus². Die Konservativen veröffentlichten ein etwas verhalteneres Papier, welches sich für die Notwendigkeit klarer Grenzen der Integration, einer Osterweiterung, einer deutlichen Spezifizierung des Subsidiaritätsprinzips, einer Aufhebung der Edinburger Beschlüsse, einer Begrenzung der sozialen Dimension und der Vergemeinschaftung einiger Themengebiete des dritten Pfeilers aussprach³.

Im September 1995 nahm die Sozialdemokratische Partei ein ebenfalls verhaltenes Programm an, welches Beschäftigung als ein grundlegendes Ziel des Vertrages festzuschreiben empfahl, und welches Mehrheitsentscheidungen in sozialen und umweltpolitischen Gebieten vorsah. Bezüglich der WEU wurde ein kleines Türchen geöffnet durch die Bemerkung, daß die Partei es bevorzugen würde, wenn humanitäre und friedensschaffende Maßnahmen im Rahmen der UNO und der OSZE durchgeführt würden. Jede Re-Evaluierung der dänischen Politik gegenüber der WEU würde aber bis nach der Regierungskonferenz warten müssen⁴. Die andere Regierungspartei, die Sozialliberalen, stellte ihre EU-Politik im September 1995 vor, indem sie ein breit formuliertes Programm annahm, welches einerseits

die Edinburgher Beschlüsse verteidigt, andererseits der Regierung aber auch einen großen Verhandlungsspielraum für die Regierungskonferenz 1996 einräumt.

Auf der Seite der EU-Skeptiker nahm die Sozialistische Volkspartei im Mai 1995 ein Papier über „Ein Europa mit verschiedenen Räumen“ an, wonach jeder Mitgliedstaat selbst entscheiden soll, an welchem Projekt er teilnehmen will, wobei die Umweltpolitik und die Sozialpolitik allerdings obligatorisch sind. Das Programm war gegen die Union gerichtet, doch befürwortete es die besondere Rolle der EU als Vorreiter einer neuen „ökonomischen Sicherheitspolitik“ in Osteuropa und im Mittelmeerraum⁵. Schließlich veröffentlichte die Junibewegung – eine der beiden großen Volksbewegungen gegen die Europäische Union – ein Papier über die „Demokratische Kooperation in Europa“, welches die Auflösung der Union sowie eine breite gesamteuropäische Kooperation im Rahmen des Europarates, der OSZE und der UNO befürwortet. Bei einem Fortbestand der Union sollte Dänemark über einen Rückzug aus seiner politischen Verantwortung verhandeln⁶.

Die ursprüngliche Absicht der Regierung war es, diesen Vorbereitungen eine breite öffentliche Debatte in der zweiten Hälfte des Jahres 1995 folgen zu lassen, die wiederum zur politischen Entscheidungsphase führen sollte. Eine solche Debatte kam jedoch nicht in Gange, wofür ein Hauptgrund die vagen Signale der Regierungsparteien waren, die zwar die dringende Notwendigkeit einer öffentlichen Debatte sahen, sich aber gleichzeitig davor fürchteten.

Abgesehen von der richtigen Behandlung der Öffentlichkeit war ein weiteres Problem der Regierung der Entwurf eines breitgefächerten nationalen Programms. Vor der Regierungskonferenz 1991 ist ein solches Programm zwischen allen größeren Parteien ausgehandelt worden, allerdings unter Ausschluß der Sozialistischen Volkspartei. Dieses Mal war die Regierung bestrebt, diese Partei miteinzubeziehen, da sie den sogenannten Nationalen Kompromiß unterstützt hatte, durch welchen die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages gerettet werden konnte, und da der Sozialdemokratische Linke Flügel in Sachen Europa traditionell mehr in Einklang mit der Sozialistischen Volkspartei steht, als mit der eigenen Partei. Auf der anderen Seite hatte die sozialistische Volkspartei eigene interne Schwierigkeiten zu bewältigen, da in Wirklichkeit nur eine Fraktion ihrer Wähler der Parteilinie bezüglich des Nationalen Kompromisses folgte. Am Ende scheiterten alle Anstrengungen, die sozialistische Volkspartei einzubeziehen. Als Konsequenz brach die Regierung auch die Verhandlungen mit den pro-europäischen Liberalen und den Konservativen ab, um den linken Flügel nicht noch mehr zu entfremden. Statt dessen veröffentlichte die Regierung im Dezember 1995 ihre eigenes etwas bescheidenes und knappes Programm.

Das Positionspapier der Regierung für die Regierungskonferenz

Das Programm der Regierung⁷ basiert sehr stark auf der Erweiterung der Union; tatsächlich sieht die Regierung den einzigen Sinn der Konferenz in der Öffnung des Weges für die Erweiterung. Dänemark möchte besonders die Interessen der

baltischen Staaten schützen und sicherstellen, daß diese bei einer Erweiterung mit dabei sind. Das Programm erklärt, daß Verhandlungen mit allen Bewerbern gleichzeitig beginnen sollten.

Das Programm erklärt weiter, daß die durch die Edinburger Beschlüsse gesicherten dänischen Ausnahmeregelungen nicht zur Debatte stehen, sondern nur durch ein weiteres Referendum aufgehoben werden können. Das Programm ist – nebenbei bemerkt – sehr offensiv in bestimmten Politikbereichen, und nahezu gleichermaßen defensiv in anderen. Der offensive Ansatz gilt in bezug auf die Beschäftigung, die Umwelt, den Verbraucherschutz und den Komplex Demokratie, Transparenz und „Bürgernähe“ – die dänische Übersetzung für „Subsidiarität“. In diesen Themengebieten wünscht sich die Regierung „mehr Europäische Union“, den häufigeren Gebrauch von Mehrheitsentscheidungen eingeschlossen. Auf der anderen Seite ist das Regierungspapier defensiv oder bestenfalls unverbindlich in bezug auf die Entwicklung des zweiten und dritten Pfeilers und die institutionellen Reformen. Die Regierung stimmt zwar zu, daß eine Erweiterung einige institutionelle Veränderungen erforderlich machen wird, doch im allgemeinen ist die Haltung des Programms konservativ und konzentriert sich sowohl auf die unveränderte Balance zwischen den Institutionen als auch auf die Wahrung des intergouvernementalen Charakters der zweiten und dritten Säule.

Der nordische Aspekt

Die Hoffnungen, daß sich mit dem Eintritt von Finnland und Schweden in die Union eine Gruppe nordischer Staaten herausbilden würde, und daß dies der innenpolitischen Position der Regierung Erleichterung verschaffen würde, haben sich nur teilweise erfüllt. Die nordischen Länder kooperieren gut in den Bereichen der Erweiterung, der Beschäftigung, der Umwelt, der Demokratie, usw., doch haben sie durchaus unterschiedliche Interessen in vielen anderen wesentlichen Themenbereichen. Wie während einer Konferenz deutlich wurde, die der Nordische Rat im März 1996 einberufen hatte, um die Nordische Kooperation während der Regierungskonferenz zu diskutieren, stimmen die Nordischen Regierungen auch in den verschiedenen Konferenzpunkten nicht überein. Dies wurde im April 1996 sehr klar demonstriert, als Finnland und Schweden ein Gemeinsames Positionspapier zur Westeuropäischen Union veröffentlichten, ohne vorher die dänische Regierung zu konsultieren.

Ausblick

Die Regierungskonferenz zur Revision des Maastrichter Vertrages droht der dänischen Regierung beträchtliche Schwierigkeiten zu verursachen, sowohl am Verhandlungstisch als auch – und dort wahrscheinlich noch stärker – im Ratifikationsprozeß. Die Regierung hofft deshalb auf nur geringfügige Resultate der Konferenz, die der Öffentlichkeit dann als „durch die Erweiterung bedingte Veränderungen“ verkauft werden können. Es ist zu früh zu sagen, ob und inwieweit sich diese Kal-

kulation bewahrheitet. Jedoch kann man ohne weiteres sagen, daß die jetzige Regierung die einzige politische Konstellation besitzt, welche die Konferenzergebnisse durch ein Referendum zu tragen in der Lage ist, und welche möglicherweise auch die existierenden Beschränkungen für eine volle Teilnahme Dänemarks in der Europäischen Union rückgängig machen kann.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Pia Trutwin und Nicole Schley, Forschungsgruppe Europa, Centrum für angewandte Politikforschung am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München.

- 1 Die Ausnahmeregelungen für Dänemark betreffen die WEU, die Wirtschafts- und Währungsunion, die Unionsbürgerschaft sowie die Angelegenheiten der Justiz- und Innenpolitik.
- 2 Venstre, Den nye udfordring: Et helt Europa, Kopenhagen 1995.
- 3 Det Konservatiue Folkepartis EU-politik, Kopenhagen 1995.
- 4 Politiken v. 29.8.1995.
- 5 SF's udspil til regeringskonferencen i 1996, 1995.
- 6 Junibevægung: Demokratisk samarbejde i Europa, 1995.
- 7 Regeringen: Det åbne Europa: Regeringskonferencen 1996, vom 11.12.1995.

Weiterführende Literatur

- Boel, Erik, Lasse Budtz (Hrsg.): Udfordringen. Socialdemokratiets debat om Danmarks Europa-politik, Kopenhagen 1995.
- Olesen, Thorsten B. (Hrsg.): Interdependence versus Integration. Denmark, Scandinavia and Western Europe 1945-1960, Odense 1996.
- Petersen, Nikolaj: The Nordic Countries and the Intergovernmental Conference of 1996, Report for the Nordic Council Conference on European Questions, Kopenhagen 4./5. 3. 1996.